

Kurzfassung der politischen Ziele

Die Partei Freie Sachsen sieht sich als neue politische Kraft im Freistaat Sachsen. Sie stellt sich die Aufgabe, mit ihren programmatischen Inhalten die große Anzahl der Menschen zu erreichen, die sich heute aufgrund zunehmender Politikverdrossenheit einer aktiven Beteiligung am politischen Leben verschließen. Insbesondere wollen die Freien Sachsen wieder eine Plattform für die Nichtwähler, aber auch für alle anderen Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Sachsen sein, die sich mit ihren Ansichten in den Grundauffassungen und Zielen der Freien Sachsen wiederfinden. Daher grenzen sich die Freien Sachsen auch entschieden gegen jede Form von Extremismus ab. Das Handeln der Freien Sachsen ist vorrangig geprägt von dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger des Freistaates. Als Landespartei setzen sich die Freien Sachsen für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Freistaates auf Landes-, aber auch auf Bundesebene ein.

Weitere Informationen zu den Freien Sachsen und deren politischen Zielen sind im Internet unter www.freie-sachsen.de einzusehen.

Zur Demokratie

Die Freien Sachsen stehen für mehr Demokratie und mehr Bürgerbeteiligung und werden eine völlig neue Qualität bei der politischen Meinungsbildung praktizieren. Sie werden sich daher mit Nachdruck dafür einsetzen, dass durch Volksentscheide die Legitimation für wichtige Entscheidungen eingeholt werden muss, wie dies zum Beispiel erforderlich gewesen wäre bei der im Jahr 2008 durchgeführten Funktional- und Gebietsreform.

Zu unserem Demokratieverständnis gehört daher auch, dass Fragen, Hinweise und konkrete Handlungsempfehlungen der Bürgerinnen und Bürger des Freistaates tatsächlich in unsere politische Arbeit Eingang finden. Dazu können alle Möglichkeiten moderner Kommunikation genutzt werden, insbesondere auch die Mitwirkung über das Internet.

Zur Arbeitsmarktpolitik

Die Freien Sachsen fordern die Einführung eines branchenspezifischen Mindestlohnes, der gewährleistet, dass bei Vollzeitbeschäftigung keine zusätzlichen staatlichen Unterstützungen zur Existenzsicherung erforderlich sind. Die Zahlung dieses Mindestlohnes muss für alle Arbeitnehmer gelten, wenn diese in Deutschland Leistungen erbringen. Wir sind gegen jeden Missbrauch der Zeitarbeitsverhältnisse.

Gleiche Entlohnung für die gleiche geleistete Arbeit sind für uns unabdingbar. Die Entlohnung darf sich nur an der Produktivität und nicht an Ost oder West bzw. an Mann oder Frau orientieren.

Zur Wirtschaftspolitik

Die Freien Sachsen sind für eine ausgewogene Konzentration von Unternehmen, lehnen aber jede Maßnahme ab, die zu Monopolstellungen führt. Soziale Marktwirtschaft und Wettbewerb dürfen sich nicht ausschließen, erfordern aber neue Regeln.

Wir sind für das Ende des Ausverkaufs von Einrichtungen, die der Grundversorgung dienen. Die Versorgung der Menschen mit Energie, Wasser, öffentlichen Verkehrsmitteln und angemessenem Wohnraum als wesentliche Bestandteile der Grundversorgung muss qualitativ sichergestellt und immer bezahlbar bleiben.

Die Stärkung kleiner und mittelständiger Unternehmen ist eine weitere unserer Forderungen. Dies beinhaltet u.a. angemessene Programme zur Entlastung des Mittelstandes und damit für die Schaffung und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Wir fordern ein schnelles und unbürokratisches Handeln bei der Bewilligung von Fördermitteln. Die Sächsische Aufbaubank mit ihren Strukturen ist effizienter zu gestalten.

Zur Bildungs- und Kulturpolitik

Die Freien Sachsen treten für die länderübergreifende Angleichung der Bildungssysteme mit dem Ziel eines einheitlichen Bildungssystems auf Bundesebene ein.

Wir sind dafür, dass Kinder bis zum achten Schuljahr gemeinsam lernen und erst dann bei Vorliegen der entsprechenden persönlichen Leistungsfähigkeit der Wechsel auf ein Gymnasium erfolgt. Zudem fordern wir eine Angliederung der Lehrerinnen und Lehrer an die Kommunen.

Gleiche Bildungschancen müssen endlich durchgesetzt werden. Eine Begabtenförderung darf nicht von der sozialen Herkunft bzw. von der wirtschaftlichen Kraft der Familie abhängen. Studiengebühren lehnen wir für das Erststudium und die Regelstudienzeit ebenso konsequent ab wie die Zweitwohnsitzsteuer für Studenten.

Die Ausprägung humanistischen Gedankengutes und die Vermittlung der Liebe und Verbundenheit zu unserer sächsischen Heimat muss Bildungsauftrag in den Bildungseinrichtungen sein.

Die Erhaltung und auch die Schaffung neuer kultureller Einrichtungen sind für uns unabdingbar.

Für uns ist die sportliche Betätigung in der Gemeinschaft nicht nur ein wichtiger Faktor zur Gesunderhaltung, sie dient auch der Ausprägung sozialer Verhaltensmuster. Daher sind die Möglichkeiten für das Sporttreiben zu erhalten und auszubauen. Auch hier gilt für uns, dass die sportliche Betätigung für unsere Kinder und Jugendlichen möglich und vor allem bezahlbar sein muss.

Zur Ordnung und Sicherheit

Die Freien Sachsen fordern, dass zur Verbesserung von Ordnung und Sicherheit die Strafverfolgungsbehörden, wie Staatsanwaltschaft und Polizei, sowie die staatlichen Verwaltungen einschließlich der Arbeitsagenturen unter dem Begriff Einräumigkeit koordiniert zusammenarbeiten. Die dadurch gewährleistete schnelle und verlustlose Kommunikation führt zu einer erheblichen Erhöhung der Effizienz der Behörden.

Die Qualität der Bekämpfung der Kriminalität und insbesondere der Wirtschaftskriminalität muss ständig verbessert werden. Neben der besseren Vernetzung ist auch die personelle und finanzielle Ausstattung der Polizei im Freistaat Sachsen den aktuellen Anforderungen anzupassen. Der Stellenabbau ist zu stoppen. Daran hängt nicht zuletzt die Sicherheit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, die für uns die unverzichtbare Grundlage für ein humanitäres Zusammenleben darstellt.

Wir fordern ein bundeseinheitliches Waffenzentralregister, welches garantiert, dass Informationen über den Besitz von Waffen von den zuständigen Behörden bundesweit abrufbar sind.

Zur Gesundheitspolitik

Die Freien Sachsen setzen sich für eine gesicherte medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger ein.

Mit der Einführung eines einheitlichen Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung bei 97 % identischer Leistungen der Krankenkassen sehen wir uns in der Forderung nach nur einer einheitlichen gesetzlichen Krankenkasse bestärkt.

Die unüberschaubaren, bürokratischen Bewilligungs- und Abrechnungssysteme sind abzuschaffen und durch einfache Regelungen zu ersetzen, die den Ärzten wieder mehr Zeit für ihre Patienten lässt. Die kassenärztlichen Vereinigungen sind unnötig und demzufolge abzuschaffen.

Die Niederlassungsfreiheit der Ärzte darf nicht mehr eingeschränkt werden, wobei die ärztliche Versorgung flächendeckend gesichert werden muss.

Wir fordern die Abschaffung der Preisbindung bei Medikamenten und einen reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 % auf Arzneimittel, was eine spürbare Erleichterung für alle Bevölkerungsschichten bedeutet.

Zur Familie

Die Freien Sachsen setzen sich für die Stärkung der Rolle der Familie in der Gesellschaft ein. Dazu gehört unabdingbar das Recht auf einen kostenfreien Platz in einer Kindereinrichtung und ein kostengünstiges Mittagessen für jedes Kind. Die notwendigen finanziellen Mittel sind den Kommunen vom Freistaat und vom Bund zur Verfügung zu stellen.

Bei der Bemessung von Unterstützungsleistungen des Staates ist das Kindergeld nicht auf das Einkommen der Betroffenen anzurechnen.

Wir fordern eine gesetzliche Regelung für eine Lernmittelfreiheit, die kostenlose Schülerbeförderung und ein kostengünstiges Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler.

Die tatsächliche Gleichberechtigung von Mann und Frau ist zwingend durchzusetzen.

Zur Behindertenpolitik

Die Freien Sachsen fordern bundesweit eine effizientere Organisation bei der Betreuung von Menschen mit Behinderungen. Jedwede Diskriminierung oder Ausgrenzung dieser Menschen ist auszuschließen und konsequent zu bekämpfen. Dies ist gesetzlich zu garantieren.

Der schon in Gang gesetzte Prozess auf dem Gebiet der Behindertenbetreuung muss unbedingt weiter gestaltet und entwickelt werden. Die vollständige Umsetzung der UN-Standards ist flächendeckend auf der Grundlage der Tradition des deutschen Humanismus zu gewährleisten. Den Menschen mit Behinderung steht ein Platz in der Mitte unserer Gesellschaft zu.

Zur Rentenpolitik

Die Freien Sachsen fordern eine Angleichung der Renten an das Niveau der westdeutschen Länder beginnend ab 2010 jährlich um jeweils 2% mit dem Ziel der endgültigen Angleichung des Rentenwertes Ost (derzeit 12,8 % niedriger) bis zum Jahr 2016. Insbesondere wird in diesem Zusammenhang klargestellt, dass bei gleichen Beitragszahlungen seit der Wiedervereinigung auch die gleichen Ansprüche erworben wurden.

Bei der Ermittlung des Renteneintrittsalters ist die Anzahl der eigenen Kinder bei Frauen und Männern zu berücksichtigen.

Wir treten ein für ein umlage- und steuerfinanziertes Rentensystem, welches eine gesetzliche Grundrente garantiert und die Lebensleistung der Rentnerinnen und Rentner würdigt. Die gegenwärtige festgelegte Grundsicherung ist zu erhöhen und zumindest auf den Regelsatz von Hartz IV anzuheben.

Die Rentenanpassung ist wieder an die durchschnittliche Entwicklung der Löhne und Gehälter zu koppeln, zumindest muss regelmäßig die Inflationsrate ausgeglichen werden. Dadurch soll die zunehmende Verarmung im Alter verhindert werden.

Zur Umwelt- und Energiepolitik

Die Freien Sachsen werden sinnvolle und nachhaltige Maßnahmen unterstützen, die für eine Erhaltung bzw. für eine Verbesserung der Umwelt ergriffen werden. Sie unterstützen die Erforschung und den Einsatz von alternativen Energien.

Gleichermaßen setzen sich die Freien Sachsen für eine umweltschonende Nahrungsmittelindustrie ein. Die Umwelttechnik ist so auszurichten, dass Menschen sowie Tiere und Pflanzen vor schädlichen Einflüssen geschützt werden (z.B. vor Strahlung von Mobilfunknetzen und Gentechnik).

Das Autoland Sachsen muss mit seinem technologischen Potential eine Spitzenposition bei der Entwicklung und Markteinführung von sparsamen und umweltfreundlichen Autos einnehmen.

Zum ländlichen Raum

Die Freien Sachsen fordern verstärkte Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft sowie der Entwicklung des ländlichen Raumes. Dazu gehören der Erhalt der Arbeitsplätze in der Agrarindustrie, eine gerechte Preisgestaltung für die bäuerlichen Erzeugnisse und der Erhalt der biologischen Vielfalt. Die Versorgungssicherheit ist dauerhaft zu gewährleisten.

In den strukturschwachen Gebieten des Freistaates sind Infrastruktur und der Dienstleistungssektor verstärkt zu entwickeln. Der Bedeutung des ländlichen Raumes als Kulturlandschaft, als Naherholungsgebiet mit hohem Freizeitwert, als grüne Lunge, verbunden mit der Wirkung für ein gesundes Klima, ist mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Zur Kernenergie

Die Forschung und technologische Umsetzung von Kernspaltung und Kernfusion haben heute immer noch nicht einen Stand erreicht, dass die -Kernenergie den Menschen dienen und den immer größer werdenden Energiebedarf sichern kann. Die Entsorgung der nuklearen Abfallprodukte ist zudem völlig ungeklärt. Daher lehnen die Freien Sachsen die Nutzung von Kernenergie unter den aktuell gegebenen Bedingungen ab.

Wir wenden uns vehement gegen die derzeit praktizierte Methode, dass die mit Atomreaktoren erzeugte Elektroenergie den Kraftwerksbetreibern enorme Gewinne beschert, die komplizierte Entsorgung der nuklearen Abfallstoffe aber eine Aufgabe der Gesellschaft bleibt und damit auch die Kosten dafür von der Gesellschaft getragen werden.

In Hinblick auf die Sicherheit der nachfolgenden Generationen ist ein Konsens der politischen Führungen zum schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie weltweit anzustreben.

Zur Finanz- und Steuerpolitik

Die Freien Sachsen fordern eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen sowie eine Erhöhung der Souveränität bei der Verwendung der Mittel. Dies ist erforderlich, um die originären Aufgaben der Kommunen in der Daseinsfürsorge gewährleisten zu können. Zudem machen die den Kommunen durch die Kreisgebietsreform zusätzlich übertragenen Aufgaben eine dementsprechende finanzielle Ausstattung zwingend erforderlich. Die bisherigen Regelungen des Freistaates sind nicht ausreichend und bluten die kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch überhöhte Kreisumlagen zum Ausgleich der fehlenden staatlichen Unterstützung aus.

Die Steuergesetzgebung ist grundsätzlich zu reformieren. Für Unternehmen und Privatpersonen fordern wir einfache steuerliche Regelungen. Steuerschlupflöcher und Sonderregelungen sind zu schließen bzw. abzuschaffen.

Wir fordern eine steuerliche Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen sowie weitere steuerliche Anreize für Familien mit Kindern.

Freie Sachsen
Allianz unabhängiger Wähler

Mai 2009